

# Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. phil. h. c. h. E. Auer, Leipzig, Postfach 100. Druck: E. Auer, Leipzig, Postfach 100. Preis: 1.50 M. pro Quartal, 4.50 M. pro Halbjahr, 12.00 M. pro Jahr. Einzelhefte 50 Pf. Anzeigenpreise: Die Anzeigenpreise sind in der Beilage des Tagesblattes zu finden. Die Anzeigenpreise sind in der Beilage des Tagesblattes zu finden.

Nr. 176

Montag, den 2. August 1920

15. Jahrgang

## Das Neueste vom Tage.

Das Gesetz über die Abschaffung der Wehrpflicht ist vom Reichstag in dritter Lesung angenommen worden, ebenso der Gesetzentwurf über die Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit.

Der 200 Millionen-Guldenkredit für Deutschland ist von der holländischen Kammer genehmigt worden.

Die französische Kammer stimmte den in Spa getroffenen Abmachungen über das Kohlenabkommen zu.

Temps teilt mit, daß bisher keine Nachricht über die Begegnung der Bevollmächtigten der roten Armee und der polnischen Armee eingetroffen ist.

Nach der Chicago Tribune wird das amerikanische Konsulat in Warschau seinen Sitz nach Posen verlegen, wenn bis zum 2. August der Waffenstillstand zwischen Polen und Sowjetrußland nicht unterzeichnet ist.

Nach einer Meldung aus Brüssel hat die spanische Regierung erklärt, daß Spanien offiziell an der internationalen Finanzkonferenz in Brüssel teilnehmen wird.

## Sturmzeichen in Preussisch-Polen.

Der Eindruck der polnischen Katastrophe auf die Stimmung der deutschen und preussischen Bevölkerung des ehemaligen Westpreußens und Posens ist außerordentlich tiefgehend. Der Gedanke, die augenblickliche politische Situation für eine — auch gewalttätige — Korrektur der polnischen Zugehörigkeitsbestimmungen zu benutzen, glimmt unter der Oberfläche und droht zur Flamme zu werden. Deutsche und auch weite polnische Kreise Westpreußens sind der Mißwirtschaft galizischer und kongaropolnischer Väterjahre müde und warten nur auf einen unmittelbaren Anlaß, der das Pulverfaß zur Explosion bringt. Die Wehrpflichtigen denken nicht daran, dem Aufruf der polnischen Heeresleitung zu folgen. Den polnischen Requisitionskommandos, die versuchen, in den westpreussischen Kreisen Pferde für den Militärdienst auszuheben, wird öfter und verfechter Widerstand geleistet. Im Kreise Konitz vertrieben die Bauern die Pferdeaushebungs-Kommissionen. Da die polnische Regierung nunmehr die Requisitionen in sehr rigoroser Weise durchzuführen sucht, bereiten die Bauern einen Widerstands- und Steuerstreik vor. Die deutschen Organisationen in Pommern haben an die polnische Regierung und an die Entente das Ersuchen gerichtet, sofort eine Volksabstimmung für dieses Gebiet in die Wege zu leiten. Falls Polen und die Entente diesem Ersuchen nicht entsprechen, soll mit dem Generalkrieg geantwortet werden. Der Generalkrieggedanke wird namentlich von Dirschau aus verbreitet. Ein Teil der militärischen Garnisonen in Westpreußen fraternisiert offenkundig mit den Bestrebungen der Deutschen im preussischen Kreise. Das Elite-Milanerregiment in Graudenz hat dieser Tage das Aussehen an die Front verweigert und einen Soldatenrat gebildet.

Die polnische Regierung hat die große Gefahr, die ihr heute durch eine gewalttätig gepreßte, unzuverlässige Bevölkerung in ihrem Rücken droht, erkannt. Um diese Gefahr niederzudrücken, fehlen der polnischen Regierung heute die ihr sonst so geläufigen Gewaltmittel. Sie hofft durch das Eingreifen von Entente-Streuppen in Danzig genügend Kräfte freizubekommen, um eine eiserne Diktatur später in Pommern aufzurichten. Vorherhand verhält sie sich gegen einen Aufstand dadurch zu sichern, daß sie den Starosten in den einzelnen Kreisen Befehl erteilt hat, ihr drei namhafte Deutsche zu bezeichnen, die als Geiseln festgesetzt werden sollen im Augenblick der Entscheidung. Durch die außerordentliche Unsicherheit in der allgemeinen Lage steht Handel und Wandel vollständig. Zahlreiche Wirtschaftsbetriebe schließen. Grundstücke und Bodenwerte sind heute fast für ein Butterbrot zu erwerben. Mit nervöser Spannung erwartet man allgemein den Tag, der die Klärung der Frage über das künftige Schicksal der Deutschen in der Ostmark bringen soll.

### Westpreußen wappert am Amerika.

Gestern fand in Marienwerder eine große öffentliche Versammlung statt, um gegen die aus Paris herüberkommenden bedrohlichen Meldungen von der Abtretung eines Westpreußens an Polen Stellung zu nehmen. Da im Obersten Rat Amerika nicht vertreten ist, hat sich die Versammlung mit einer Entschließung an das amerikanische Volk gewandt, in der es heißt:

Die Bevölkerung des Weichselgaaes wendet sich an das Volk der Vereinigten Staaten von Amerika mit der Bitte, dem wahren Sinn des Artikels 97 des Friedensvertrages zum Siege zu verhelfen. In

fälschlicher Auslegung dieses Artikels will man uns von unserer natürlichen Verkehrsader, der Weichsel, durch die Abtrennung eines Westpreußens überall abdrängen. Außerdem müssen wir fürchten, daß einzelne Ortschaften der Weichsel, welche zum Reichverband der Marienwerder Niederung gehören, entgegen Ihren Wünschen, aus Ihrem natürlichen Zusammenhang herausgerissen werden. Nach Artikel 97 des Friedensvertrages würden die Vereinigten Staaten zur Entscheidung über unser Schicksal mitberufen sein, wenn sie sich nicht freiwillig aus dem Obersten Rat zurückgezogen hätten. Um so dringlicher bitten wir das amerikanische Volk, wenigstens sein machtvolles moralisches Wort zugunsten der zuerst von ihm angeklagten Grundsätze der Selbstbestimmung der Völker unter Vermeidung jeden Anlasses zur Entziehung neuer Souveränitäten in die Waagschale zu werfen, um dadurch unsere Bevölkerung aus ihrer schweren Sorge zu befreien.

## Die russisch-polnischen Waffenstillstandsverhandlungen.

Die Sova-Agentur meldet: Freitagabend einhalb 8 Uhr haben bei Baranowitschi die ersten Besprechungen zwischen den Bevollmächtigten der Sowjetregierung und dem polnischen Oberkommando über den Waffenstillstand begonnen. Das erste Verlangen der Polen, die Frontoperationen bis zum Schluß der Verhandlungen einzustellen, wurde von den Russen abgelehnt. Die russischen Friedensbedingungen werden sobald dem polnischen Vertreter übergeben.

Die polnischen Parlamentäre, ein Oberleutnant, zwei Offiziere und ein Soldat waren Freitag nachmittags 2 Uhr bei den russischen Vorposten eingetroffen. Sie wurden an der Chauffee von Baranowitschi-Brest-Litowsk von den Russen in Empfang genommen und nach Baranowitschi gebracht, von wo sie im Automobil nach dem Stabsquartier des Generals Tolka-Tschewski fuhren. Um 7 Uhr trafen sie dort ein und überreichten ihre vom polnischen Generalstabschef General Rozwadowski ausgestellten Vollmachten.

### Brest-Litowsk vor dem Fall.

Nach Meldungen der Blätter aus Warschau steht Brest-Litowsk vor dem Fall. Die Russen sind auf 40 Kilometer herangekommen und haben nach einem Moskauer Funkpruch Kobryn besetzt.

Die Bolschewisten an der östpreussischen Grenze. An der Grenze des Kreises Johannisburg haben die Bolschewisten die Fühlung mit den deutschen Grenzschutz hergestellt. Von Grajewo bis Lubin steht auf polnischem Gebiet die Vorhut der roten Armee.

## Vorbereitung der russischen Gegenrevolution?

Sehr beunruhigende Nachrichten für die Kommunisten werden aus Sowjetrußland gemeldet, die auf das Einsetzen einer gegenrevolutionären Bewegung schließen lassen. Die Zusammensetzung der Truppenführung aus bürgerlichen und Sowjetoffizieren, auf welche Gefahr von Anfang an besonders geachtet wurde, hat ihre Wirkung auf die Truppe nicht verfehlt. Lenin und Trotzki halten es für notwendig, bald mit den Polen zum Frieden zu kommen, damit die Truppen wieder unter strenger Kontrolle kommen und der Regierung in Moskau die Fäden nicht aus der Hand gleiten. Verschiedene Volkskommissare sind dagegen für eine Fortsetzung des Kampfes, bis Polen niedergeworfen ist und sich Gelegenheit bietet, mit anderen Staaten in engere Fühlung zu treten, um den Bolschewismus zu verbreiten. Am Freitag voriger Woche erließ Trotzki einen Befehl, um die bürgerlichen Offiziere größtenteils unter Dank für ihre Tätigkeit abzugeben. Diesem Befehl ist fast nirgends Folge geleistet worden, doch hat er die Sammlung dieser Kreise veranlaßt, die sich nun auf die Bauern und die Bolschewisten untergeordnet Arbeiter stützen wollen. Von Moskau sind Volksredner abgesandt, welche die Soldaten über die Zukunftsansichten im bolschewistischen Rußland unterrichten sollen, in Wirklichkeit aber geheimenationalistische Propaganda treiben. Eingeweihte Kreise neigen zu der Auffassung, daß eine Gegenrevolution nicht ausgeschlossen sei, wenn sich bei den Friedensverhandlungen Schwierigkeiten ergeben. Viel hängt von den Ereignissen im Süden ab, wo General Wrangel noch stets Verstärkungen erhält, weil man von dort aus den Beginn der Umwälzung zu erwarten hat.

### Eine Gefahr im Rücken der roten Armee.

Laut Genia Kubelka ist im Rücken der Bolschewisten eine große Aufstandsbewegung ausgebrochen. Das Aufstandsgebiet umfaßt die Gegend rechts vom Dnepr. Zur Niederdrückung des Aufstandes werden die 115. und 116. bolschewistische Division aus der Front zurückgezogen. Da aber der Aufstand gleichzeitig an verschiedenen Stellen wütet, dürften diese nicht ausreichen. Im Gebiet Wlhy und Winnaica kämpft der berüchtigte Bandenführer Sapele mit 5000 Mann.

## Die Finanzlage des Reiches.

Der Reichsfinanzminister hat dem Reichstag eine Denkschrift über die finanzielle Lage des Reiches überreicht. Nach einer Uebersicht über die finanzielle Entwicklung des Reiches von 1918 bis 1919 wird zusammenfassend erklärt:

Die Einnahmen aus Steuern und Steuern, die Monopoleinnahmen und Zuschlaggaben, die Einnahmen aus dem Bankwesen und sonstige kleinere Einnahmen sollen erbringen insgesamt 27,77 Milliarden M., darunter 2,9 Milliarden Mark aus Steuern, die noch nicht bewilligt sind, und 3 Milliarden Mark aus einmaligen Steuern. Die Ausgaben des ordentlichen Haushalts sind, nach Abzug von 180 Millionen Mark Rückstellungen, veranschlagt mit 27,77 Milliarden M. Würden die tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben sich so gestalten, wie sie im Voranschlag geschätzt sind, so würden, wie schon erwähnt, sich die Einnahmen und Ausgaben des ordentlichen Etats die Waage halten. Infolge der Unsicherheit der wirtschaftlichen Verhältnisse und infolge des schwankenden Geldwertes ist es jedoch fraglich, ob dieses Ergebnis erzielt werden kann.

Der außerordentliche Haushalt liegt zunächst 11,6 Milliarden Mark Ausgaben vor. Dazu kommen noch aus den Betriebsverwaltungen Fehlbeträge in Höhe von 12,9 Milliarden Mark, die sich aber aus den vorgenannten Gründen wohl auf 16 Milliarden Mark oder noch darüber erhöhen werden. Die Gesamtausgabe des außerordentlichen Haushalts würde demnach 24,5 bis 27,6 Milliarden Mark betragen. Der Gesamtbedarf des außerordentlichen und ordentlichen Haushalts ist in dem vorläufigen Etat auf 52,3 bis 55,3 Milliarden Mark anzugeben, wovon rund die Hälfte durch die Einnahmen des ordentlichen Etats Deckung finden soll.

Vor Jahresfrist ist die große Steuerreform in Angriff genommen worden. Trotzdem die Gesetzgebung rasch gefördert worden ist, wird es doch noch einige Zeit dauern, bis die finanzielle Auswirkung der bisher geschaffenen Steuererlasse vollkommen in der Erscheinung tritt. Bis dahin aber wachsen und wachsen die Schulden und erhöhen die Finanznot des Reiches. Hatte der Schuldenstand am 31. März einschließlich der Verpflichtungen aus nichtdiskontierten Schatzanweisungen 196,1 Milliarden Mark betragen, so belief sich die Gesamtschuld des Reiches am 30. Juni 1920 auf die Summe von 215 Milliarden Mark. Darunter waren 123,8 Milliarden Mark schwebende Schulden. Allein der Monat Juni weist einen Gesamtbedarf an außerordentlichen Deckungsmitteln in Höhe von 11½ Milliarden Mark auf. Diese Entwicklung ist geradezu verhängnisvoll. Die Hauptursache der Schuldenmehrung im Monat Juni liegt in dem Bedarf der Betriebsverwaltungen. Die Post erfordert an außerordentlichen Deckungsmitteln eine Milliarde Mark und infolge der Veranschlagung und Uebernahme der preussischen schwebenden Schuld auf das Reich weitere sechs Milliarden Mark. (Aus diesen Biffern spricht eine gewaltige Mahnung an das deutsche Volk, den Ernst der Lage, in der wir uns befinden, voll zu erkennen und Regierung und Parlament mit allen Mitteln zu unterstützen, damit durch praktische Ausführung der Steuerreform eine weitere Verschlechterung der Finanzlage des Reiches vermieden wird. Es dreht sich um alles. Wenn wir der Finanznot nicht Herr werden, weil ein Teil des Volkes sich an den materiellen Reichtum klammert, so wird eine wirtschaftliche Katastrophe von ungeheurer Tragweite unvermeidlich; die Folgen einer solchen wären nicht auszubedenken.)

## Die Diktatur des Entwaffnungskommissars.

Der angekündigte Entwurf eines Gesetzes über die Entwaffnung der Bevölkerung — gleichfalls eine Folge der Vereinbarungen von Spa — ist dem Reichstag zugegangen und fand am Sonnabend als erster Punkt auf der Tagesordnung. Er umfaßt 14 Paragraphen. Grundlegend wird bestimmt:

Alle Militärwaffen sind bis zu einem von dem Reichskommissar für die Entwaffnung — er wird vom Reichspräsidenten ernannt — untersteht der Reichsregierung — festzusetzenden Zeitpunkt an die von ihm zu bestimmenden Stellen abzuliefern. Der Reichskommissar kann bestimmen, daß zunächst nur eine Anmeldung der Militärwaffen zu erfolgen hat. Wer nach Ablauf der Ablieferungsfrist in den Besitz der Militärwaffen gelangt, hat dies innerhalb drei Tagen der für die Ablieferung zuständigen Stelle unter Angabe der Art und Zahl anzumelden. Die für Militärwaffen gegebenen Vorschriften finden auch auf wesentliche fertige oder vorgearbeitete Teile sowie auf Munition von Militärwaffen Anwendung. Veränderte Militärwaffen gelten als Militärwaffen dann, wenn wesentliche Teile von Militärwaffen an ihnen vorhanden sind. Für freigelegte Anmeldung und Ablieferung wird Straffreiheit wegen unbefugter Aneignung sowie wegen Zuwiderhandlung gegen frühere Vorschriften zugesichert. Die Herstellung von Militärwaffen und der Handel mit ihnen ist verboten. Wer von Waffen oder Munitionslagern Kenntnis erhält, ist zur Anzeige verpflichtet.

Die weitgehenden Befugnisse des Reichskommissars, die geradezu diktatorischer Art sind,

... dung  
... tzen  
... B.  
... des  
... mehr  
... offe,  
... ssel,  
... offe,  
... che,  
... er  
... r.  
... andauer  
... bin  
... sen und  
... Gelpann  
... ges, leichtes  
... und andere  
... und sonstigen  
... Erinnerung.  
... Regattstr. 1.  
... Gerat 367.  
... aus.  
... agentur  
... Erzgebirges  
... enturen  
... ers.-Arten  
... se hohe  
... e  
... 058 an  
... itz.  
... ter  
... chen, verdienten  
... Ausnahme eines  
... R. T. 5320 an  
... diger  
... weur,  
... de Stellung zum  
... t.  
... brif  
... Börlig.  
... bhandlung  
... m.Umreis  
... eter  
... Rundschaft gut  
... schweifen kann  
... kommen nur  
... und auf  
... an die Ge  
... halt. Sie Kustunft  
... u. Schicksal  
... ihrer Adressen,  
... datum nicht  
... arken für Spesen  
... „Barze“,  
... Briefsch.